

Aufgefallen Die Vorzeigepolitikerin



Die Wiler Freisinnige ist auf dem Gipfel der Schweizer Politik angekommen: Karin Keller-Sutter präsidiert seit Ende November den Ständerat. Und gilt als Favoritin für die Nachfolge von Bundesrat Johann Schneider-Ammann. Mit ihrer souveränen Sachpolitik und dem spröden Charme hat sie ihr früheres Image als «eiserne Lady» überwunden. Selbst SP-Präsident Christian Levrat schwärmt von ihr.

Abgefallen Der Kleinstadtpolterer



Warum musste er wieder provozieren? Das fragt man sich im Fall von SVP-Nationalrat Thomas Müller: Der jüngst 65 gewordene Stadtpräsident hat «sein» Rorschach vorwärtsgebracht und könnte es altersweise ruhig angehen. Doch mit seiner Aussage, die Brasilianer seien «gesunde Rassisten» und nicht so «kniefällig» gegenüber dem Ausland, bringt er wieder die halbe Schweiz auf die Palme.

Gesagt



«Die Auflage der St. Galler Regierung ist willkürlich und missbräuchlich.»

Der Verwaltungsratspräsident der Bergbahnen Wildhaus AG, **Jack Rhyner**, ist verärgert: Die Regierung hat die Bundesgelder blockiert, die das Unternehmen für sein Ausbauprojekt benötigt.



Zankapfel und Symbol für den wiedererwachten Antrieb der Region: Die Fachhochschule in St. Gallen.

Und die Ostschweiz bewegt sich doch

Analyse Millionenteure Bildungsoffensiven, Grossprojekte zur Standortförderung, zaghafte interkantonale Zusammenarbeit: Die Region entwickelt eine neue Dynamik.

Andri Rostetter
andri.rostetter@tagblatt.ch

Eigentlich müssten sie ihm dankbar sein. Doch in den vergangenen Monaten wurde der St. Galler Bildungschef Stefan Kölliker vor allem kritisiert. Zentralismus, Grössenwahn, fehlende politische Sensibilität: Kölliker musste sich regelmässig Vorwürfe aus allen möglichen Regionen und politischen Lagern anhören. Sein Verschulden: Er will die drei Ostschweizer Fachhochschulen in St. Gallen, Buchs und Rapperswil-Jona unter eine gemeinsame Leitung stellen. Die bisherigen Trägerschaften der

Schulen sollen abgelöst werden durch eine einzige Organisation – mit dem Kanton St. Gallen als klare Nummer eins.

Die Neuordnung der Fachhochschule ist eines der am heissesten diskutierten politischen Geschäfte des Kantons – und zugleich ein Lackmusest für die gesamte Ostschweiz. Lassen die betroffenen Regionen – Linthgebiet und Werdenberg – zu, dass ihre weitgehend autonomen Schulen künftig einem St. Galler Superrektor unterstellt werden? Akzeptiert der Thurgau als zahlender Partner ein solches St. Galler Konstrukt mit beschränktem Mitspracherecht?

Derzeit deutet vieles darauf hin, dass Kölliker dieses bildungspolitische Husarenstück gelingen wird. Zum einen ist keine ernsthafte Alternative in Sicht, zum anderen drängt die Zeit. Damit die Schulen ihre Zulassung beim Bund nicht verlieren, müssen sie ihre Strukturen bis spätestens Ende 2022 anpassen.

Abgewartet und zu spät gekommen

Egal, ob diese Neuorganisation bildungs- und regionalpolitisch sinnvoll ist oder nicht: Allein die Tatsache, dass es Kölliker versucht, ist bemerkenswert für Ostschweizer Verhältnisse. Dass ein

Kanton im östlichen Landesteil in einer überregionalen Debatte unmissverständlich die Führung beansprucht, ist in der Vergangenheit kaum je vorgekommen. Lieber wartete man ab, lobbyierte, suchte den Konsens – und kam häufig zu spät.

Im Fall der Fachhochschule Ostschweiz ist das erfrischend anders. Kölliker prescht vor, riskiert etwas, stösst Leute vor den Kopf. Und bringt damit eine dringend nötige Dynamik in die Region. Spätestens nach dem Nein des Volkes im Juni 2016 zur Expo2027 drohte die Region in politischer Lethargie zu versinken: Keine Landesausstellung,

Jahreschronik

Januar

3. Während eines Polizeieinsatzes in Rehetobel schießt ein 33-jähriger Mann auf die Beamten und verletzt zwei davon schwer. Nach stundenlangen Verhandlungen richtet sich der Schütze selbst. Die Staatsanwaltschaft will den Fall in Kürze abschliessen und das Verfahren einstellen.

16. Der Ausserrhoder Spitalverbund reagiert auf öffentlichen Druck und informiert erstmals über seine Finanzlage: 2015 und 2016 resultierte ein Verlust von fast 19 Millionen Franken.

20. Die Gewerkschaft Syndicom veröffentlicht eine Studie zu den Abbauplänen

der Post: Im Kanton St. Gallen sind 63 Poststellen von der Schliessung bedroht. Die Kantone nennen keine konkreten Zahlen, die Post ist mit ihnen im Gespräch. Das sorgt monatlang für Aufregung. Der Widerstand hat Folgen: Das Bundesparlament will der Post härtere Vorgaben machen.

Februar

4. Das Holz in den mysteriösen Steinhäufen am Grund des Bodensees vor Uttwil stammt von 3500 vor Christus, wie ETH-Forscher herausfinden.

9. Das Militärmusik-Festival St. Gallen Tattoo kämpft mit einem Defizit in sechsstelliger Höhe. Die Veranstalter

ziehen die Notbremse: Der Anlass findet nicht mehr statt.

21. Die SVP schlägt Karl Güntzel als neuen St. Galler Verwaltungsrichter vor. Nach einer Kontroverse um Güntzels Eignung wählt das Parlament Stefan Zürn.

23. Die Bundesverwaltung kündigt an, für 41,2 Millionen Franken ein Rechenzentrum in der Frauenfelder Allmend zu bauen. Bezugsbereit soll es 2019 sein.

23. Erstmals legen die St. Galler Gemeindepräsidenten ihre Löhne offen. Den höchsten Lohn erhält der St. Galler Stadtpräsident Thomas Scheitlin (FDP): Er bezieht für seinen 100-Prozent-Job

einen Jahreslohn von 262964 Franken. Am wenigsten erhält Christian Gertsch (SP) in Hemberg mit 42342 Franken; er ist nur zu 25 Prozent angestellt.

März

19. In Appenzell Ausserrhoden wird Dölf Biasotto (FDP) in den Regierungsrat gewählt. Er setzte sich im zweiten Wahlgang gegen Inge Schmid durch.

21. Das Ausserrhoder Kantonsgericht verurteilt das Heilbad Unterrechtenstein zu einer Busse von 34 000 Franken. Das Bad hatte 2012 einer Gruppe von Behinderten den Einlass verwehrt. Der Verwaltungsrat des Heilbads zieht den Entscheid nicht ans Obergericht weiter.

30. Richtungsentscheid in der Ausserrhoder Spitalkrise: Die Führung des Spitalverbunds kündigt an, dass die Frauenklinik am Spital Heiden weitergeführt wird.

April

19. Der Thurgauer Grosse Rat wählt den parteilosen Aargauer IT-Unternehmer Mike Franz in den Bankrat der Thurgauer Kantonbank. Die SVP kann nicht verhindern, dass sie künftig nur noch einen Vertreter im Bankrat hat.

20. Unter dem Motto «Jetzt reicht's» demonstrieren 3000 St. Galler Staatsangestellte für eine Einzahlung von 200 Millionen Franken in die Pensionskasse.

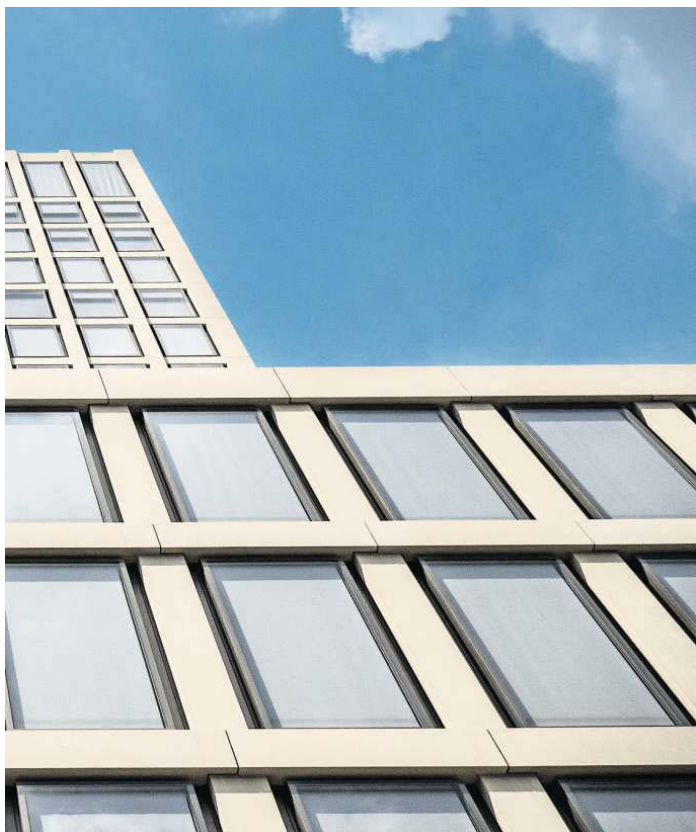


Bild: Benjamin Manser

Links-Grün gibt den Ton an

Entwicklung Nicht nur in der Region, auch in der Stadt St. Gallen hat sich 2017 etwas bewegt. Vor allem politisch, aber auch baulich.

Von den politischen Standpunkten her wurde im zu Ende gehenden Jahr der Graben zwischen Kantonshauptstadt und Kanton wieder etwas breiter. Während «auf dem Land» rechtsbürgerliche Positionen schon lange salon- und mehrheitsfähig sind, hat die Gallsstadt mit den Gesamterneuerungswahlen 2016 und mit der Stadtratsersatzwahl 2017 den Punkt erreicht, an dem links-grüne Mehrheiten in Parlament und Stadtregierung Tatsache sind.

Mit der deutlichen Wahl der Grünliberalen Sonja Lüthi als Nachfolgerin des im September verstorbenen Stadtrats Nino Cozio (CVP) hat eine Mehrheit des städtischen Stimmvolks bestätigt, wohin die Reise gehen soll: Obwohl kein Rechtsausleger und mit Parlaments- und Exekutivführung fürs Amt qualifiziert hatte der Gaiserwalder Gemeindepäsident Boris Tschirky (CVP) im zweiten Wahlgang am 26. No-

vember keine Chance. Die CVP flog erstmals seit der Stadtschmelzung von 1918 aus der Stadtregierung, während die bereits bestehende rot-grüne Mehrheit für gewisse Themen in diesem Gremium gestärkt wurde.

Labile Mehrheit mit Vorteil für das links-grüne Lager

2017 war das erste Jahr mit rot-grüner Mehrheit im Stadtparlament. Bei den Wahlen im Herbst 2016 war dieses Lager auf 32 Sitze gekommen, auf die bürgerlichen Parteien CVP, FDP und SVP entfielen 31 Mandate. Diese knappst mögliche Mehrheit entfaltete 2017 immer Wirkung, wenn Differenzen entlang parteipolitischer Grenzen verliefen. Linke und Grüne können damit die Stadt aber noch nicht aus den Fugen heben. Das haben Einzelentscheide gezeigt, bei denen sich die bürgerliche Ratsseite durchsetzte. Wie etwa bei der Er-

höhung des Beitrags für St. Gallen-Bodensee-Tourismus. Im Gegenzug blieb die Zerstrittenheit der CVP bei zentralen Themen wie der Verkehrspolitik für Entscheide im Sinn des rot-grünen Lagers wichtig. Die Mehrheiten im Parlament sind labil – neu mit Vorteil für Links-Grün.

Etwas bewegt hat sich in der Kantonshauptstadt auch in baulicher Hinsicht. Teilprojekte der Sanierung und Neugestaltung von Bahnhof und Bahnhofplatz wurden dem Betrieb übergeben. Neuen Schwung gab's für die bereits zweimal versenkte Neugestaltung des Marktplatzes. Der Stadtrat will ein neues Projekt entwickeln lassen. Das Volk soll dann nicht mehr über ein bis ins letzte Detail ausgearbeitetes Vorhaben, sondern nur noch über die Grundidee abstimmen.

Reto Voneschen
reto.voneschen@tagblatt.ch

Die Halde durchbohrt

Bahnnetz Mit dem Durchstich im Ruckhaldetunnel ist der Weg gebnet für die Durchmesserlinie der Appenzeller Bahnen.

Gotthard-Stimmung im Untergrund der Stadt St. Gallen: Am 20. Juli gelang der Durchstich im Ruckhaldetunnel der Appenzeller Bahnen (AB). Nach über einem Jahr Bauzeit brach der Bagger durch, die beiden Teile der 700 Meter langen Röhre wuchsen zusammen. Mineure, Bahnmitarbeiter und geladene Gäste feierten das Ereignis in 16 Metern Tiefe. Mit dem Tunnel entfällt die Zahnradstrecke hinauf zum Riethüli. Dank kürzerer Fahrzeiten können die AB den Viertelstundentakt einführen. Ab Dezember werden die Züge auf der Strecke Appenzell-St. Gallen-Trogen durchgehend verkehren – damit erhält die Ostschweiz ihre eigene Durchmesserlinie.

Es zeigte sich, dass auch der Bau eines kleinen Tunnels seine Tücken hat. Von Norden her ging es dank Sprengungen in kompaktem Gestein rasch vorwärts – drei bis vier Meter pro Tag. Auf der Südseite allerdings kämpften sich Arbeiter und Maschinen fast von Beginn an durch feinkörniges Lockergestein, sie gewannen täglich nur einen bis zwei Meter. Im Mai musste der Bau für einige Tage gestoppt werden, weil beim



Tunnelarbeiter feiern den Ruckhalde-Durchstich. Bild: Michel Canonica

Südportal unüblich viel Wasser eindringt. Schon befürchtete man, das Wasser könnte aus dem Nestweihen stammen, der über dem Tunnel liegt. Der Verdacht erhärtete sich aber nicht, und weil zugleich die Arbeiten auf der Nordseite schneller vorangingen als angenommen, fand der Durchschlag sogar früher statt als geplant. Nun werden die Schienen und die weitere Infrastruktur im

Tunnel verlegt. Am 3. April 2018 ist definitiv Schluss mit dem Zahnradbetrieb an der Ruckhalde: Die Bahnstrecke St. Gallen-Teufen wird wegen der Bauarbeiten für die Durchmesserlinie gesperrt, es verkehren Ersatzbusse. Ab dem 7. Oktober fahren die AB dann regulär durch den Tunnel.

Adrian Vögele
adrian.voegel@tagblatt.ch

kein Bundesratsstimm mehr – und von Bern ohnehin permanent überhört. Jammern wurde vorübergehend zu einer der beliebtesten Disziplinen der hiesigen Politik, man redete mit Vorliebe über Befindlichkeiten, über Fremd- und Selbstwahrnehmung.

Unangenehme Fragen – gesunde Debatte

Diese Phase ist noch nicht komplett überwunden. Aber sie klingt langsam aus, die Region entwickelt eine neue Dynamik. Neben der Fachhochschule Ostschweiz gibt es weitere Beispiele dafür: Die Pläne für den Medical Master in St. Gallen sind weit fortgeschritten, ebenso jene für eine millionenschwere IT-Bildungsoffensive. Und im Westen von Wil, auf Thurgauer Boden, soll in den kommenden 25 Jahren einer der grössten Industriestandorte der Region entstehen – am Rand der Kantone zwar, aber ideal gelegen an der Hauptverkehrsachse zwischen den Zentren Zürich, Winterthur und St. Gallen und mitten im Einzugsgebiet Toggenburg-Bodensee.

Bei solchen Grossprojekten stellt sich unweigerlich die Frage nach der Notwendigkeit. Wozu eine halbe medizinische Fakultät in St. Gallen, wo doch die Uni Zürich mit ihrer traditionsreichen Medizin-Fakultät so nah ist? Warum 75 Millionen Franken aus der Staatskasse für eine Digitalisierungsoffensive, wenn eine erdrückende Mehrheit der tonangebenden IT-Firmen in Zürich sitzt? Weshalb ein Wirtschaftsförderprojekt auf der grünen Wiese planen, wenn einer der wichtigsten Industriestandorte der Region wenige Kilometer entfernt – in Uzwil – seit Jahren prosperiert?

Solche unangenehmen Fragen sind nicht nur berechtigt, sie sind für eine gesunde politische Debatte zwingend. Über Sinn und Unsinn von Grossprojekten muss diskutiert werden dürfen. Doch gerade die Ostschweiz ist gut beraten, politische Visionen nicht zu früh abzuklemmen – auch wenn sie auf den ersten Blick hochtrabend da-

herkommen. Dazu kommt: In den meisten anderen politischen und wirtschaftlichen Bereichen wurstelt in der Ostschweiz nach wie vor jeder für sich. Ein Beispiel ist die Gesundheitspolitik: Während der Appenzeller Spitalverbund seit Jahren hart am Abgrund wirtschaftet, investiert der Kanton St. Gallen frohgemut eine Milliarde in den Ausbau seiner Spitäler. Zusammenarbeit. Auf Sparflamme. Gemeinsame Planung? Fehlanzeige. Die Fachhochschule Ostschweiz und das Projekt Wil-West sind der Beweis, dass die Region es auch anders kann.

Als eine in vielen Belangen durchschnittliche Randregion darf die Ostschweiz nicht auf Hilfe von aussen hoffen, sie muss ihr Schicksal selber in die Hand nehmen. Zwar müssen alle diese Riesenprojekte noch etliche politische Hürden nehmen. Doch schon jetzt stehen sie für den wiedererwachten Antrieb einer ganzen Region.



Aufsteller

24. Gegen den Rektor des Gewerblichen Berufs- und Weiterbildungszentrums St. Gallen, Lukas Reichle, wird Kritik laut: Reichle betreibe Vetterwirtschaft und teure Leerläufe, zudem fehle es ihm an Sozialkompetenz. Bildungschef Stefan Kölliker räumt Defizite bei der Schulaufsicht ein, die Staatswirtschaftliche Kommission prüft eine Untersuchung.

28. Rekordverdächtige Wetterkapriole: Die Ostschweiz wird mit teils über 30 Zentimetern Neuschnee zugedeckt. Die Folgen sind Verspätungen und zahlreiche Unfälle. Am stärksten trifft es die Stadt St. Gallen.

30. Die Innerrhoder Landsgemeinde lehnt die Initiative zur Auflösung von

fünf Bezirken im Inneren Landesteil deutlich ab.

Mai

4. Abgang bei St. Gallen-Bodensee Tourismus: Der viel kritisierte Direktor Frank Bumann nimmt nach viereinhalb Jahren den Hut.

Juni

4. Die Toggenburg Bergbahnen AG (TBB) kündigt per Inserat ein feindliches Übernahmeangebot für die Bergbahnen Wildhaus AG (BBW) an. Und das zu einem Spottpreis: 25 Franken bietet die TBB pro BBW-Aktie; die Aktie wird mit 160 bis 200 Franken bewertet.

14. Drei Jahre lang diskutierte man im Thurgau über die Abschaffung des Frühfranzösisch. Jetzt macht der Grosse Rat eine Kehrtwende und verzichtet darauf. Stattdessen sollen der Unterricht verbessert und schwache Schüler dispensiert werden.

15. Die Schweizer Reisekasse Reka plant in Kreuzlingen ein Feriendorf.

15. Die grösste Bogenbrücke der Schweiz, der Taminabogen, wird dem Verkehr übergeben.

Juli

10. Der US-Multi Live Nation besitzt neu die Mehrheit beim Open Air Frauenfeld.

Damit soll dieses für die Zukunft fit gemacht werden.

12. Der Nesslerer SVP-Politiker und HSG-Doktorand Ivan Louis, seit zwei Jahren im Kantonsrat, wird mit 108 von 112 gültigen Stimmen zum neuen Kantonsratspräsidenten gewählt.

13. Der St. Galler Kantonsrat bewilligt einen Kredit von 48,6 Millionen Franken für die Erneuerung des 50-jährigen Gebäudes des Theaters St. Gallen. Die SVP kündigt das Referendum an.

19. Am Landesgericht Feldkirch dauert der Prozess um Kristina V. aus Arbon, die ihre leiblichen Eltern sucht, an. Die heute 26-jährige Studentin verklagte den

Fortpflanzungsmediziner Herbert Zech auf die Herausgabe von Unterlagen.

August

8. Dieser Fall sorgt schweizweit für Schlagzeilen: Nach tagelangen Protesten nimmt die Thurgauer Kantonspolizei einen Hofbesitzer und Pferdezüchter aus Hefenhofen fest. Rund 100 Tiere werden zwangsversteigert. Kantonstierarzt Paul Witzig gerät politisch unter Druck.

30. Die neue Organisation der Fachhochschulen wird für den St. Galler Bildungschef zum Spiessrutenlauf. Die Nachbar Kantone sind von seinen Plänen nicht begeistert – die St. Galler Idee bröckelt zusehends.